



Einwohnerrat

Protokoll

Nr. 25

vom

5. Mai 2010

G E M E I N D E H E R I S A U

Optimale Organisation der Gemeinde Herisau ("5 oder 7?"); Antrag des Gemeinderates

(Grundlage und Bestandteil dieses Protokolls bildet die gemeinderätliche Botschaft vom 30. März 2010)

Antrag

Mit Beschluss vom 9. März 2010 unterbreitet der Gemeinderat folgende Anträge:

1. Auf die Vorlage einzutreten;
2. der Änderung der Gemeindeordnung, SRV11, Artikel 31, zuzustimmen;
3. den Stimmberechtigten die Annahme der Änderung von Artikel 31 der Gemeindordnung zu empfehlen;
4. das Reglement über die Entschädigung der Behörden, SRV 15, Artikel 4 und 4^{bis}, wie beantragt anzupassen;
5. festzustellen, dass die Änderung der Gemeindeordnung, SRV 11, dem obligatorischen Referendum untersteht;
6. festzustellen, dass die Änderung des Reglements über die Entschädigung der Behörden, SRV 15, dem fakultativen Referendum untersteht.

Eintretensfrage

a) Ressortchef

Nach Gemeindepräsident Paul Signer bedeutet die Verabschiedung der Vorlage, deren Ursprung hauptsächlich in parlamentarischen Vorstössen und auch in wiederholten Forderungen der GPK liegt, den Abschluss eines langen Weges. Im Vordergrund steht die Klärung der Ausgestaltung der obersten politischen Gemeindeführung. Daraus ergeben sich dann organisatorische und finanzielle Konsequenzen. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass eine Exekutive mit einem vollamtlichen Gemeindepräsidenten und vier Gemeinderatsmitgliedern im Halbamt jene Regierungsform für



Herisau ist, die die nötige Professionalisierung mit sich bringt und sowohl das Amt attraktiv macht als auch die Verwaltung optimal organisier- und führbar macht.

b) Parlamentarische Kommission

Obwohl Mehrkosten generiert werden, kann sich die Finanzkommission (FiKo) - so ihr Präsident Markus Brönnimann (FDP) - mit dem gemeinderätlichen Vorschlag einverstanden erklären. Für ein Unternehmen mit ca. 80 Mio. Franken Umsatz ist ein Besoldungsaufwand für eine 5-köpfige Geschäftsleitung eher am unteren Rand angesiedelt. Ebenfalls Zustimmung erhalten die inhaltlichen Vorschläge, obschon in der weiteren Gestaltungs- und Umsetzungsarbeit noch weitere Varianten zu prüfen sein werden. Die FiKo erachtet den Vorschlag als gut und auf jeden Fall tauglich.

c) Rat

Für die SVP überwiegen - so Christian Oertle - die Nachteile einer Reduktion der Anzahl Ratsmitglieder von 7 auf 5. Die SVP spricht sich daher mehrheitlich gegen eine Verkleinerung aus, obschon diese auch einige positive Aspekte beinhaltet (u.a. einfachere und straffere Verwaltungsführung, ausgewogenere Ressortverteilung). Ein 50 %-Pensum macht es beinahe unmöglich, Kandidaten zu finden, die ein solches Amt noch nebenamtlich ausüben können. Die SVP-Fraktion geht daher davon aus, dass sich inskünftig nur noch Hausfrauen, Lehrer und Frühpensionierte zur Verfügung stellen können. Das heutige Milizsystem bringt ein grosses Know-how von der Privatwirtschaft in den Gemeinderat. Auch die Wiedereingliederung eines Gemeinderates in die Wirtschaft dürfte sich bei einer allfälligen Nichtwiederwahl schwierig gestalten. Das heutige System ("7er-Gremium") ermöglicht eine ausgeglichene Parteienvertretung und damit auch eine positive Verankerung in der Bevölkerung. Bei fünf Gemeinderäten ist eine gesunde Konkordanz nicht mehr möglich. Auch die angeblich zwingende Erhöhung der Gehälter wirft Fragen auf. Die ausgewiesenen Mehrkosten von insgesamt Fr. 110'000.00 stehen in keinem Verhältnis zu den Vorteilen. Bei einem Gemeinderatsmandat soll auch das Herz eine Rolle spielen und weniger kommerzielle Gründe. Die SVP-Fraktion empfiehlt daher, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Nach Peter Künzle (EVP) überzeugen die Kriterien einer 5-köpfigen Exekutive. Das Hauptargument für eine Reduktion stellt die Effizienz dar (u.a. Straffung der Ressorts, kompaktere Führung, raschere Abläufe, kürzere Entscheidungswege). Die Reduktion führt zu einer Professionalisierung des Gemeinderates. Die Frage der Parteilichkeit ist berechtigt. Für die EVP steht jedoch nicht die Partei, sondern die Arbeit der Ratsmitglieder im Fokus. Je ausgeglichener das Pensum der Ratsmitglieder, desto weniger die Gefahr einer Übermacht des vollamtlichen Gemeindepräsidenten. Es wäre auch prüfenswert, die 200 Stellenprozente der Gemeinderäte unterschiedlich auf die Ressorts zu verteilen. Die EVP spricht sich für Eintreten aus und Gutheissung des Antrags.

Die FDP vertritt - so Martin Frischknecht - die Meinung, dass die vorgeschlagenen Anpassungen sinnvoll und für die Zukunft von Herisau nötig sind. Die Optimierung der Führungsstruktur bringt mehr Effizienz und Professionalität. Die heutigen Rahmenbedingungen sind nicht attraktiv, um zukünftig Top-Wirtschaftsleute ins Gemeindehaus zu locken. Teilweise sind die Verantwortung und das Aufgabena-



cket für eine 30 %-Anstellung zu gross. Ein höheres Pensum und eine marktgerechtere Entlohnung würden das Gemeinderatsmandat attraktiver machen. Die FDP-Fraktion bittet um Unterstützung der Vorlage und spricht sich für Eintreten aus.

Franz Rechsteiner (CVP) stellt sich die Frage, ob es richtig sein kann, im vornherein gewisse Personen von einem Gemeinderatsmandat auszuschliessen? Herisau braucht weiterhin Gemeinderäte mit einem 30 %-Pensum, die noch einen Hauptberuf ausüben können. Damit bleibt die Unabhängigkeit und Neutralität eher gewahrt. Ein 7-köpfiger Gemeinderat ist politisch breiter abgestützt. Bei einer Reduktion des Gemeinderates wird es für eine kleine Partei fast unmöglich, einen Gemeinderat zu stellen. Aber gerade im Gemeinderat sollten alle Bevölkerungsschichten vertreten sein. Eine neue Unterteilung der Ressorts brächte eine bessere Lastenverteilung. Handlungsbedarf besteht einzig bei der Anpassung der Gehälter (infolge grösserer Verantwortung und Belastung). Die CVP-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf für eine Reduktion des Gemeinderates und spricht sich für Nicht-Eintreten aus.

Yves Balmer (SP) stellt fest, dass Führungskräfte für den Gemeinderat gefragt sind. Die Freude an der Aufgabe ist sicherlich eine wichtige Motivation für ein Gemeinderatsmitglied. Das Einkommen ist jedoch ebenfalls ein wichtiger Entscheidungsfaktor. In der Regel haben Angestellte einen schwierigen Stand, ihr Pensum z.G. eines politischen Amtes zu reduzieren. Bei einem 50 %-Pensum besteht die Gefahr, dass Angestellte und Gewerbler kaum mehr Freiräume für ein solches Amt haben. Ebenso kann nicht von der Hand gewiesen werden, dass bei einer Verkleinerung des Gemeinderates die Gefahr besteht, dass kleinere Parteien kaum Chancen auf eine Wahl haben werden. Sollten weitere Entscheidungsgrundlagen benötigt werden, so wird sich SP vorbehalten, allenfalls eine 2. Lesung zu verlangen. In diesem Fall wünscht sich die SP die Erarbeitung einer Variante "7 optimiert". Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Lukas Scherer (FDP) wertet gewisse Ausführungen von Christian Oertle als despektierlich und ungepflegt. Die Qualität und nicht das Parteibuch sollte bei der Wahl eines Gemeinderates im Vordergrund stehen. Zudem: Führungskräfte sind gefragt.

Seit Jahren forderte die GPK - so Thomas Forster (SP) - eine Vorlage und nun liegt sie vor. Er empfindet daher die Anträge auf Nicht-Eintreten als befremdlich.

Christian Oertle (SVP) wollte die genannten Personengruppen nicht in ein falsches Licht rücken. Die Gehälter der Gemeinderatsmitglieder erachtet er als bei weitem genügsam.

Peter Federer (SP) wünscht sich, dass auf die Vorlage eingetreten und alsdann darüber diskutiert wird. Ansonsten ist es absehbar, dass dieses Geschäft immer wieder auftaucht. Gemeindepräsident Paul Signer schliesst sich diesem Wunsch an.

Beschluss

Eintreten ist mit 25 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen beschlossen.



Detailberatung

Obwohl die Verteilung der Ressorts in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, empfiehlt Yves Balmer (SP) eine Abkehr vom bisherigen "Solidaritätsprinzip". Sinnvollerweise müssten die Pensen und die Entlöhnungen auf den jeweiligen Aufwand ausgerichtet sein. Gemeindepräsident Paul Signer stellt fest, dass bereits heute ein gewisses "Gefälle" zwischen dem vollamtlichen Gemeindepräsidenten und den nebenamtlichen Gemeinderäten existiert. Weitere Abstufungen böten die Gefahr der Schaffung einer 3- oder 4-Klassengesellschaft. Für die Arbeit im Rat wäre dies nicht förderlich.

Markus Brönnimann (FDP) möchte in Erfahrung bringen, ob der Knatsch im Stadtrat Gossau auf die unterschiedlichen Pensen zurückzuführen ist. Gemeindepräsident Paul Signer erlaubt sich kein Urteil.

Peter Federer (SP) möchte Auskunft über die Aufteilung der strategischen und operativen Tätigkeiten eines Gemeinderates. Er fragt sich, ob für die strategische Führung genügend Zeit bleibt.

Für Markus Zoller (SP) ist es verständlich, dass gewisse Bereiche nicht gleichmässig aufgeteilt werden können. Plausibel wäre es jedoch alsdann auch, die Entlohnung der jeweiligen Belastung anzupassen.

Der Gemeinderat spricht - so Gemeindepräsident Paul Signer - weniger von operativer und strategischer Führung, sondern vielmehr von politischer und Verwaltungsführung. Das politische System verlangt, dass Gemeinderatsmitglieder auch operative Tätigkeiten übernehmen. Jede Gemeinderats Tätigkeit beinhaltet einen Grundstock an "politischer Führung". Eine Gewichtung der Ressorts dürfte sich schwierig gestalten. Zwar wurden auch "7er-Lösungen" geprüft, doch eine "5er-Lösung" dürfte es leichter machen, ausgeglichene Ressorts zu erhalten. Sollte die "7er-Lösung" bleiben, so wird der Gemeinderat ebenfalls eine Optimierung anstreben.

Peter Federer (SP) fragt sich, ob die heutige Formulierung im Entschädigungsreglement, wonach alle Gemeinderäte in gleichem Umfange entschädigt werden, nicht zu bindend ist und ob eine offenere Formulierung nicht sinnvoller wäre.

Der Gemeinderat ist - so Gemeindepräsident Paul Signer - bislang davon ausgegangen, dass diese Gleichheit in den Pensen und in der Entlohnung gegeben ist. Paul Signer zeigt sich nicht abgeneigt, eine offenere Formulierung im Gemeinderat zu diskutieren.

Für Yves Balmer (SP) wäre klar, dass auch eine Variante "7 optimiert" mit einem besseren monetären System ausgerüstet werden müsste. Er unterbreitet folgenden Antrag:

Durchführung einer 2. Lesung.

Franz Rechsteiner (CVP) zitiert einen Zeitungsbericht, wonach es immer schwieriger werde, geeignete Leute für den Gemeinderat zu gewinnen, da das Amt mit viel Aufwand und wenig Ertrag verbunden ist und nur noch schwer in den heutigen Le-



benslauf passt. Um das Amt attraktiver zu machen, müsste der Stellenwert korrigiert werden.

Zusammenfassend hält Markus Brönnimann (FDP) fest, dass bislang fünf mögliche Versionen diskutiert worden sind (heutige Variante, Vorschlag GR, 7 optimiert, 5er-Lösung mit Bandbreite höherer Saläre, 5er-Lösung mit "Projektzulagen"). Vermutlich ginge es nunmehr darum, eine 2. Lesung zu beschliessen, damit der Gemeinderat die verschiedenen Varianten prüfen kann.

Der vorliegende Bericht wurde - so Markus Zoller (SP) - aus der Sicht des Gemeinderates erarbeitet; das Ergebnis ist daher nachvollziehbar. Der Einwohnerrat hat jedoch die Gesamtsicht zu wahren.

Peter Federer (SP) erkundigt sich, ob das vorgesehene Abstimmungsprozedere (Seite 16 der Vorlage) verbindlich ist. Wichtig wäre, eine verständliche Vorlage für das Volk auszuarbeiten.

Für Gemeindepräsident Paul Signer ist es unabdingbar, dass beide Änderungen (Gemeindeordnung/Entschädigungsreglement) gekoppelt und dem Stimmvolk im Rahmen einer einzigen Frage unterbreitet werden.

Christian Oertle (SVP) beurteilt eine 2. Lesung als ein grundsätzlich sympathisches Werkzeug, doch weil er mit der heutigen "7er-Lösung" zufrieden ist, erachtet er vorliegend eine 2. Lesung als nicht unbedingt erforderlich.

Thomas Forster (SP) befürwortet eine 2. Lesung. Die Belastung der Gemeinderäte ist zweifellos unterschiedlich. Er begrüsst daher eine Variante "7 optimiert", die allenfalls politisch klüger wäre als eine "5er-Lösung".

Beschluss

Der Einwohnerrat

b e s c h l i e s s t :

Durchführung einer 2. Lesung (27 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme).

Peter Federer (SP) regt an, sich bis zur konstituierenden Sitzung zu überlegen, ob allenfalls eine vorberatende Kommission einzusetzen wäre.